

Antrag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke**Lipödem-Betroffene unterstützen**

Bundesweit leiden knapp drei Millionen Frauen unter einer krankhaften Fettverteilungsstörung (Lipödem). Das Krankheitsbild betrifft fast ausschließlich Frauen und beeinträchtigt das Leben der Betroffenen oft enorm. Die Ursache der Erkrankung ist unbekannt. Betroffene leiden unter Symptomen wie Berührungs- und/oder Druckschmerz, Neigung zu Hämatomen, Spannungs- und Schweregefühl der Arme und Beine sowie Bewegungseinschränkungen. Zudem kann ein Lipödem für die Betroffenen psychisch sehr belastend sein. Anknüpfend an den Bürgerschaftsbeschluss „Medizin und gesundheitliche Vorsorge verbessern – Forschungsdefizite zu Frauen und weiblichen Körpern aufholen“ (Drs. 21/403) zeigt sich analog zu vielen Krankheitsbildern, die vornehmlich oder ausschließlich Frauen betreffen auch hier, dass Betroffene vielfach einen langen Leidensweg ohne dezidierte Diagnose und adäquate Therapie erleiden müssen. Mangelnde Erforschung und dadurch auch eine mangelnde pharmakologische und ärztliche Versorgung bleiben vor allem Probleme, von denen Frauen betroffen sind.

Aus diesem Grund hat der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) 2019 eine Erprobungsstudie beschlossen, die sogenannte LIPEG-Studie, welche durch das Zentrum für klinische Studien (ZKS) der Universität Köln betreut wird und 2021 gestartet ist und in der die offenen Fragen des Nutzens einer Fettabsaugung, genannt Liposuktion, bei Lipödemien sowie mögliche Risiken geklärt werden sollen.

Für Lipödem-Betroffene ist die frühzeitige Diagnosestellung und Aufklärung über Ihre Erkrankung entscheidend. Hierfür müssen Mediziner:innen und weitere Gesundheitsfachberufe insbesondere in der Ausbildung sensibilisiert werden und das Krankheitsbild Lipödem muss Teil der Aus-, Fort- und Weiterbildung werden. Auch die Finanzierung seitens der Krankenkassen bedarf einer Überarbeitung. Bislang wird vielfach nur eine konservative Behandlung des Krankheitsbildes verfolgt, welche von der Krankenkasse übernommen wird. Sie beinhaltet Kompressionsstrümpfe sowie eine Drainage-Therapie. Erst ab dem sogenannten Stadium drei tragen die Krankenkassen die Kosten einer Liposuktion. Fachärzt:innen empfehlen diesen Eingriff bereits zu einem früheren Stadium, um Beschwerden frühzeitiger effektiv zu lindern. Da für die Liposuktion bisher aber noch keine wissenschaftlichen Erkenntnisse zum Nutzen vorliegen, wird von dem G-BA die oben benannte Studie durchgeführt. Die Ergebnisse der Studie sollen in diesem Jahr vorliegen, auf Basis dessen die Kostenübernahme der Liposuktion durch die gesetzliche Krankenkasse entschieden wird.

Es besteht zusammenfassend Handlungsbedarf, das Krankheitsbild unter Mediziner:innen und weiteren Gesundheitsfachberufen bekannter zu machen, eine frühzeitige Aufklärung der Patient:innen zu verbessern sowie die Ursachenforschung und Therapiemöglichkeiten zu verbessern.

Beschlussempfehlung:

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. geschlechtergerechte Gesundheit verstärkt auf die Agenda der Gesundheitsminister:innenkonferenz zu setzen und mit den beteiligten Akteur:innen konkrete Maßnahmen zur Verbesserung von Aufklärung, Versorgung und Forschung zu vereinbaren;
2. zu prüfen, welche Folgestudien über die LIPLEG-Studie hinaus sinnvoll für die weitere Erforschung des Krankheitsbildes Lipödem sind und welche Fördermöglichkeiten dafür bestehen oder zu schaffen sind;
3. zu prüfen, inwieweit im Rahmen der Landesgesundheitsberichterstattung die Gesundheits- und Versorgungslage von Lipödem-Betroffenen im Land Bremen erfasst werden können;
4. gemeinsam mit der Ärztekammer Bremen zu prüfen, inwieweit das Thema Lipödem – entsprechend dem aktuellen Stand der Forschung – derzeit in der Fort- und Weiterbildung für Ärzt:innen sowie in der Aus-, Fort- und Weiterbildung von weiterem medizinischem Fachpersonal angeboten wird und diese Angebote gegebenenfalls (weiter) zu entwickeln;
5. der staatlichen Deputation für Gesundheit, Pflege und Verbraucherschutz binnen sechs Monaten nach Beschlussfassung über die Umsetzung zu berichten.

Ute Reimers-Bruns, Volker Stahmann, Holger Welt, Selin Arpaz, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD

Ralph Saxe, Dr. Henrike Müller und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE